

Bombendrohungen an Schulen: Polizei beruhigt in Brandenburg und Berlin!

Am 26.05.2025 erhielten mehrere Schulen in Berlin und Brandenburg Bombendrohungen. Polizei bestätigt keine Gefahr.



Berlin, Deutschland - Am Montag, dem 26. Mai 2025, sorgten Bombendrohungen per E-Mail für Alarm an mehreren Schulen in Berlin und Brandenburg. Insgesamt waren mindestens 13 Schulen in Berlin betroffen, während in Brandenburg an der Havel weitere Drohungen verschickt wurden. Die Polizei bestätigte, dass nach Prüfung der Drohungen keine ernsthafte Gefahr bestand und der Unterricht planmäßig fortgeführt werden konnte. Dies betraf auch fünf Schulen im Schulamtsbezirk Neuruppin, darunter die Schulen in Rheinsberg, Glöwen, Hennigsdorf, Falkensee und Rathenow.

Die Drohmails erreichten in Brandenburg außerdem zwei Gymnasien, zwei Oberstufenzentren und zwei Oberschulen,

wobei die Polizei und das Schulamt von Neuruppin die Bedrohungen bestätigten. Oberbürgermeister Steffen Scheller (CDU) äußerte, dass das Informationsklima für Lehrkräfte, Schüler und Eltern eine psychische Ausnahmesituation darstelle. In Rathenow wurden aufgrund der Situation Nachschreiber für das Deutsch-Abitur in die Stadtverwaltung geschickt.

Bundesweites Phänomen

Insgesamt waren 22 Einrichtungen in Brandenburg von den Drohungen betroffen, was auf ein bundesweites Phänomen hinweist. Kerstin Schröder von der Polizeidirektion West bestätigte, dass es keine konkrete Gefahr gab und dass die Kriminalpolizei die Ermittlungen aufgenommen hat. Die Märkische Allgemeine Zeitung berichtete zuerst über diesen Vorfall. Auch andere Bundesländer, darunter Niedersachsen sowie Städte wie Erfurt und Leipzig, waren betroffen, und Ermittlungen gegen Unbekannt wurden eingeleitet.

Die Polizei Berlin konnte keine genauen Zahlen zu den betroffenen Schulen in der Hauptstadt nennen, bestätigte jedoch die Existenz mehrerer solcher Drohungen. Dies führte zu den laufenden Ermittlungen wegen Störung des öffentlichen Friedens, die durch das Polizeipräsidium Potsdam eingeleitet wurden. An Schulen in ganz Deutschland wurden ähnliche Bedrohungen gemeldet, was eine koordinierte Reaktion der Landeskriminalämter zur Aufklärung der Vorfälle nach sich zog.

Schulische Sicherheit und Prävention

Die wiederholten Drohungen gegen Schulen werfen grundlegende Fragen zur Sicherheit und zum Umgang mit Bedrohungslagen in Bildungseinrichtungen auf. Ein Anstieg von Straftaten an Schulen ist schon seit einigen Jahren zu beobachten, wobei die Debatte über die Notwendigkeit von mehr Schulpsychologen und Sozialpädagogen an Bildungseinrichtungen verstärkt geführt wird. Laut der Berliner Bildungssenats werden Gewaltvorfälle in Schulen in drei

Gefährdungsgrade unterteilt: von Beleidigungen und Drohungen bis hin zu Amokdrohungen.

Fast alle Schulen verfügen über Krisen- oder Notfallpläne, die Instruktionen für akute Krisensituationen enthalten. Diese Pläne sind oft rechtlich verankert und verlangen, dass Telefonnummern von Polizei, Jugendämtern und schulpsychologischen Diensten für Notfälle hinterlegt werden. Die Notwendigkeit, Perspektiven und positive Erfahrungen für Schüler zu schaffen, bleibt ein zentrales Thema, insbesondere angesichts der Risiken, die unbegleitete jugendliche Flüchtlinge in urbanen Schulkontexten mit sich bringen können.

Details	
Ort	Berlin, Deutschland
Quellen	• www.rbb24.de • www.bz-berlin.de • www.lernando.de

Besuchen Sie uns auf: mein-berlin.net